

## 5. Entsorgung muss Teil der Betriebsgenehmigung werden! Auch für AKWs!

**Frage:** Welches Konzept unterstellt **Ihre** Partei für die sichere und in jeder Hinsicht gefähderungsgerechte Entsorgung von Atommüll (leicht-, mittel-, starkstrahlend) durch die Produzenten der Kernenergie und wann kann dies verpflichtender Teil der Betriebsgenehmigung für solche Unternehmen werden? Hierbei wird jeweils der anerkannte Stand der Technik zugrunde gelegt.

Wo ist dieses Konzept für Ihre Partei hinterlegt? (s.o.)

### Antworten:

#### CDU:

Keine strukturierte Rückmeldung, lediglich eine allgemeine Darstellung zur CDU-Atompolitik.

#### SPD:

Ein Konzept ist in diesem Zusammenhang seitens der SPD nicht (mehr) notwendig, da das Verfahren über die Endlagersuche gemäß Gesetzentwurf vom 14.05.2013 (BT-Drs. 17/13471), mit Beschluss des Parlaments vom 28.06.2013, beschlossen wurde – mit den Stimmen von SPD, Grünen und den Koalitionsfraktionen.

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Entsorgungsvorsorgenachweis ist Teil der Betriebsgenehmigungen der AKWs. Allerdings wurde in der Vergangenheit massiv getrickst, indem z. B. der Verweis auf das ungeeignete Lager in der Asse, nach dessen Schließung der Salzstock in Gorleben trotz der bekannten Risiken und Unwägbarkeiten als Nachweis akzeptiert wurde. Diese Situation kann nur durch ein neues Endlagersuchverfahren geheilt werden, in dem unter breiter öffentlicher Beteiligung nach Stand von Wissenschaft und Technik der am besten geeignete Endlagerstandort gesucht wird. Ein solches Gesetz liegt jetzt vor uns soll noch vor der Sommerpause vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat beschlossen werden. Dies wäre ein Durchbruch für einen neuen, ergebnisoffenen und transparenten Prozess zur Suche nach einem Atommüll-Endlager.

#### FDP:

Keine Stellungnahmen abgegeben

#### DIE LINKE:

Mit Einführung der Atomkraft für militärische Zwecke und für die kommerzielle Energieerzeugung wurde ein ökologisches und ethisches Problem geschaffen, das seither stetig größer wird. Ein „Entsorgen“ ist nicht möglich, impliziert dieser Begriff doch, genauso wie „Endlagerung“, das Problem ließe sich aus der Welt schaffen. „Aus den Augen, aus dem Sinn“ ist keine Option, da Atommüll auch bei unterirdischer Einlagerung weiterhin als potenzielle Gefahr für die Biosphäre angesehen werden muss. Unserer Generation, die Atomkraft befürwortend oder gegen ihren Willen genutzt hat, bleibt lediglich der verantwortungsvolle Umgang und somit das Finden einer mit den wenigsten Risiken behafteten Verwahrungsoption. Dies sind wir den nachkommenden Generationen schuldig. Die Konzepte, die seit den siebziger Jahren für den Umgang mit radioaktivem Abfall verfolgt wurden, sind gescheitert. Sie waren gekennzeichnet von Manipulationen, politischer Opportunität, Geheimabsprachen mit der Atomwirtschaft und Verantwortungslosigkeit

gegenüber der Bevölkerung. Diese Probleme gilt es zu analysieren und für die Zukunft auszuschließen, damit das Problem der heutigen Atomkraftnutzung so wenig wie möglich ein Problem der kommenden Generationen sein wird. Die ist bei der Entwicklung des jüngst vom Bundestag beschlossenen Standortsuchgesetzes nicht der Fall gewesen, weswegen DIE LINKE dieses Gesetz ablehnt.

DIE LINKE schlägt vor, eine völlig neue Strategie für den Umgang mit Atommüll aus einem demokratischen gesellschaftlichen Prozess zu entwickeln, in dem fünf wesentliche Schritte nacheinander gemacht werden müssen:

1. unverzüglicher Atomausstieg und Aufarbeitung der Fehler
2. Verfahren entwickeln
3. Suche nach einem Verwahrungskonzept
4. Festlegen standortunabhängiger Kriterien
5. Standorte benennen und untersuchen

Der Zeitplan des gesamten Verfahrens ist so zu gestalten, dass er der Verantwortung gegenüber nachkommenden Generationen und zu erwägenden Sicherheitsfragen gerecht wird. Überhastete Verfahren und Erkundungen bergen unnötige Risiken, zumal Eile wegen der lange nötigen Abführung von Nachzerfallswärme von CASTOR-Behältern über mehrere Jahrzehnte, bevor sie überhaupt einigermaßen sicher verwahrt werden können, nicht nötig ist. Stattdessen muss die Zwischenlagerung unterdessen überdacht und ständig den neuen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik angepasst werden.

Details unseres Konzepts sind nachzulesen im Positionspapier unserer Bundestagsfraktion „Atommüll in die Verwahrung. >Entsorgung< nicht möglich“, einzusehen auf der Webseite der Bundestagsfraktion unter

<http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/atommuellverwahrung/>.

Wie sich DIE LINKE zum Standortauswahlgesetz positioniert hat, ist u.a. hier nachzulesen: <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/atommuell-konsens-nonsens/>.